

# Verwaltung soll gegen die Trasse klagen

**WALDSIEDLUNG** Politiker im Rat fordern eine Verlegung der geplanten Erdgas-Hochdruckleitung

VON BERT-CHRISTOPH GERHARDS

Nein, keine netten Gespräche mehr, jetzt sei klare Kante angesagt. Bernhard Marewski (CDU), Bürgermeister aus Schlebusch, setzt auf eine harte Linie: „Jetzt ist ausverhandelt, nun sind wir an dem Punkt, Klage einzureichen.“ Die Stadt Leverkusen habe alles versucht, den Verlauf der geplanten Erdgas-Hochdruckleitung von der Waldsiedlung ein Stück weg in den Dünnwalder Wald zu verlegen. Doch hatte die Stadt bei der Betreibergesellschaft NETG (Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft) auf Granit gebissen. Sie hält an ihrer genehmigten Trasse fest und die Bezirksregierung Köln sieht ebenfalls keinen Anlass, auf die verspätet vorgetragenen Leverkusener Bedenken ein-

zugehen und verweist auf das vor drei Jahren abgeschlossene Planfeststellungsverfahren. Dagegen, so hat es der Leverkusener Stadtrat am Montagabend beschlossen, soll nun im kommenden Jahr geklagt werden. Allzu viel Aussicht auf Erfolg mochte der für die Stadt eingespannte Münsteraner Anwalt Joachim Hagmann Rat und Verwaltung nicht machen. Anders als betroffene Privatpersonen habe die Stadt nur begrenzte institutionelle Klagerechte. Dass die Gasleitung unmittelbar am Gelände der Waldschule vorbeiführe, könnte noch das härteste Argument sein. Doch sei die mögliche Beeinträchtigung des Schulbetriebs nicht so weitgehend, dass der Bestand der Schule gefährdet wäre. Er rate von einer Klage ab, führte Hagmann in der Ratssitzung aus,

man solle besser eine außergerichtliche Einigung suchen.

Das sei in der Vergangenheit geschehen, betonte Oberbürgermeister Uwe Richrath. Er selbst habe auch Gespräche mit der Gesellschaft und der Bezirksregierung geführt. Richrath verwies darauf, dass eben für den Weg einer außergerichtlichen Einigung die schon vorbereitete Klage ruhend gestellt worden sei. Eine entsprechende Vereinbarung mit der NETG laufe zum Jahresende aus. Deshalb habe die Verwaltung dem Rat vorgeschlagen, auf die wenig aussichtsreiche Klage zu verzichten, um keine weiteren Kosten zu verursachen.

Er teile die Einschätzung seines Anwaltskollegen zwar, wolle jetzt aber nicht kampflös aufgeben, hielt CDU-Vorsitzender Frank

Schönberger entgegen. Die alternative Trasse, hundert Meter tiefer im Dünnwalder Wald, habe auch für die NETG Vorteile: Sie sei eindeutig kürzer und würde dem Unternehmen unnötigen Widerstand in der Bauphase ersparen. „Wir müssen den Druck aus der Bevölkerung weitervermitteln. Das erhöht unsere Erfolgchancen.“ Marewski sprach von einer gleichwertigen Trassenführung, bei der aber das Schutzgut Mensch angemessener berücksichtigt wäre. Es gehe ihm nicht für eine Verhinderung dieser notwendigen Versorgungsleitung, sondern um eine Verlagerung, die eindeutig einer erhöhten Sicherheit diene.

Roswitha Arnold (Grüne) zeigte sich ebenfalls von ihrer harten Seite. „Wir bestehen auf der Trassenverlagerung. Wenn die intensivier-

ten Gespräche nichts gebracht haben, gehen wir jetzt eben auf den Klageweg. Ein eindeutiges Signal tut jetzt not. Und gegebenenfalls gehen wir gemeinsam in Ehren unter. Aber wir werden nichts unversucht lassen.“

Fast einstimmig drehte der Rat die Beschlussvorlage der Verwaltung in ihr Gegenteil: Statt auf eine Klage zu verzichten, wurde die Verwaltung beauftragt, im kommenden Jahr gegen die genehmigte Trasse zu klagen. Eine einzige Gegenstimme dazu gab es von Oberbürgermeister Richrath, der nicht gegen die Arbeit seiner Mitarbeiter in der Verwaltung stimmen wollte, und der darauf setzt, dass es womöglich doch noch ein Entgegenkommen der Pipeline-Betreiber geben könne. Dafür sei man weiterhin aufgeschlossen.